

A u s f ü h r u n g e n

des Ministers für Nationale Verteidigung

auf der 19. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister

zum 1. Tagesordnungspunkt

über

"Ergebnisse und Schlussfolgerungen aus dem Gipfeltreffen
in REYKJAVIK und Massnahmen zur weiteren Erhöhung der
Sicherheit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages"

Genosse Vorsitzender!

Genossen Mitglieder des Komitees der Verteidigungsminister!

Genossen Marschälle, Generale, Admirale und Offiziere!

Bestatten Sie mir, zu Beginn meiner Ausführungen Ihnen, werter Genosse Armeegeneral S i w i c k i , und allen Organisatoren dieser Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages für den herzlichen Empfang, die erwiesene Gastfreundschaft und die guten Arbeitsbedingungen zu danken.

Sie konnten uns davon überzeugen, dass dank der sorgfältigen Arbeit der Gastgeber und der Unterstützung der verantwortlichen Genossen aus den Führungsorganen der Vereinten Streitkräfte, persönlich

des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte,

Genossen Marschall der Sowjetunion K u l i k o w , sowie

des Ersten Stellvertreters des Oberkommandierenden und Chefs des Stabes der Vereinten Streitkräfte,

Genossen Armeegeneral G r i b k o w ,

alles getan wurde, um einen erfolgreichen Verlauf der Sitzung zu gewährleisten.

Erlauben Sie mir, unsere volle Zustimmung zu der Einschätzung der Ergebnisse des Treffens von REYKJAVIK und den damit verbundenen Schlussfolgerungen zur weiteren Erhöhung der Sicherheit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zum Ausdruck zu bringen, die der Minister für Verteidigung der UdSSR, Genosse Marschall der Sowjetunion S o k o l o w , in seinem Vortrag dargelegt hat.

Unsere Parteiführung hat auf ihrer kürzlich stattgefundenen 3. Tagung des Zentralkomitees das Treffen zwischen dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Genossen Michail - G o r b ä t s c h o w , und dem Präsidenten der USA R e a g a n in REYKJAVIK als bedeutendes politisches Ereignis eingeschätzt, das sowohl die realen Möglichkeiten zu weitreichenden Schritten auf dem Weg der Abrüstung, für das Verbot und die Beseitigung der Kernwaffen gezeigt hat, als auch die Barrieren, die noch auf diesem Weg zu überwinden sind.

Das auf sowjetische Initiative zustande gekommene Treffen hat vor aller Welt die feste Entschlossenheit der Sowjetunion sichtbar gemacht, den 1985 in GENF auf höchster Ebene begonnenen Dialog fortzusetzen und die festgefahrenen Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung in mehreren Sphären voranzubringen.

Der Verlauf der Beratungen in REYKJAVIK demonstrierte die grosse Bereitschaft der UdSSR zu Übereinkünften, die weit über bisherige Vorschläge hinausgehen und umfassende Massnahmen zur nuklearen Abrüstung auf der Erde und zur Nichtausdehnung des Wettrüstens auf den Weltraum beinhalten. Die Sowjetunion hat damit die praktische Möglichkeit eröffnet, konkrete Vereinbarungen zu treffen, die einen Kernwaffenkrieg und damit die Vernichtung der menschlichen Zivilisation und allen Lebens auf unserem Planeten ausschliessen.

Das Treffen in REYKJAVIK hat aber auch die starre Haltung und das fehlende Entgegenkommen der USA zu den weitreichenden kühnen sowjetischen Vorschlägen zum Ausdruck gebracht.

Die USA-Administration hat in REYKJAVIK eine historische Chance ungenutzt gelassen, indem Präsident Reagan sich weigerte, auf das Sternenkriegsprogramm zu verzichten, den ABM-Vertrag einzuhalten und zu stärken und das Streben nach militärischer Überlegenheit aufzugeben.

Unvermindert hält die USA-Regierung an ihrer Politik der Stärke, dem Kurs der Konfrontation und Hochrüstung fest, mit dem die aggressivsten Kreise das Ziel verfolgen, militärische Überlegenheit zu erreichen, die imperialistische Vorherrschaft in der Welt wieder zu erlangen und den Sozialismus zu beseitigen.

Das wird besonders an der Haltung des NATO-Oberbefehlshabers Europa, USA-General Rogers, sichtbar, der in der jüngsten Zeit bei den verschiedensten Gelegenheiten nicht nur die "Null-Lösung" bei den Mittelstreckenwaffen ablehnte, sondern auch das Festhalten der NATO am nuklearen Erstschlagskonzept betonte.

Diese Politik dient vor allem dem militärisch-industriellen Komplex, d. h. jenem Teil der Monopolbourgeoisie der USA und der west-europäischen NATO-Staaten, der aus der Rüstung und Entwicklung neuer Vernichtungsmittel riesige Profite zieht.

Wie die Übungsserie "Herbstschmiede 86" wiederum gezeigt hat, wird die Vorbereitung der NATO-Streitkräfte mit unveränderter Konzentration auf die Führung von Angriffshandlungen ausgerichtet.

Gleichzeitig werden rege militärpolitische und diplomatische Aktivitäten entwickelt, bei denen solche strategisch wichtigen Fragen im Mittelpunkt stehen, wie

die Überarbeitung der militärpolitischen und strategischen Grundsätze für den Kernwaffeneinsatz der NATO

die Anhebung der konventionellen Kampfkraft der NATO-Streitkräfte auf eine neue Ebene und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten der NATO zur begrenzten Kriegsführung in Europa

die engere Einbeziehung der französischen Streitkräfte in die Ausbildung und Operationsplanung der NATO sowie

die Vorstellungen der herrschenden imperialistischen Kreise zu den Ost-West-Beziehungen und zu den Abrüstungsverhandlungen aus der Position der Stärke heraus.

Unter den Verbündeten der USA findet dieser Kurs besonders bei den zur Zeit in der BRD Herrschenden politische Rückendeckung.

Offensichtlich gibt es nach wie vor einflussreiche Kräfte in der BRD, denen es immer noch schwerfällt, sich mit den Realitäten unserer Epoche abzufinden.

In der Zeitung "NEUES DEUTSCHLAND", dem Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands war dazu am 27. 11. 1986 zu lesen, und ich zitiere wörtlich:

"Nun wissen wir, wer in CDU und CSU das Sagen hat, und wir erhielten erneut die Bestätigung dafür, dass K o h l s beleidigender Vergleich G o r b a t s c h o w s mit Hitlers Chefpropagandisten G o e b b e l s kein Zufall war. Im gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU wurde dieser Geist zum künftigen Programm einer CDU/CSU geführten Bundesregierung erhoben."

Die Bundeskanzler K o h l auf seiner kürzlichen USA-Reise wiederholt unterstrichen hat,

wird die USA-Position zum SDI-Programm voll und ganz unterstützt und darüber hinaus sogar eine "Null-Lösung" bei den Mittelstreckenraketen in Europa abgelehnt.

Es wird kein Zweifel daran gelassen, dass die Regierung der BRD in der Aufrechterhaltung eines schlagkräftigen Kernwaffenerstschlagpotentials der USA, einschliesslich ihrer Mittelstreckenraketen in Westeuropa, eine unverzichtbare Voraussetzung für die Durchsetzung der strategischen Ziele der NATO sieht.

Mit der Forderung, Reduzierungsvereinbarungen auf dem Gebiet der Kernwaffen von einseitigen Vorleistungen des Warschauer Vertrages bei der Reduzierung der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen abhängig zu machen, sollen jegliche praktische Schritte zur Verringerung der Kernwaffen verhindert werden.

Völlig neue Möglichkeiten verspricht sich die BRD-Führung von der Nutzung des Weltraumes zur Erlangung militärischer Überlegenheit seitens der NATO. Sie räumt daher der Beteiligung an den Weltraumplänen der USA und der Mitarbeit im Rahmen der Europäischen Weltraumorganisation hohe Priorität ein und strebt langfristig danach, in den Besitz von im Weltraum stationierten Waffen strategischer Bestimmung zu gelangen.

Angesichts dieser von den USA und anderen NATO-Staaten heraufbeschworenen gefährvollen Situation setzt die DDR, an der Seite der Sowjetunion und der anderen Bruderstaaten konsequent ihre ganze Kraft dafür ein, um den Frieden auf der Erde und im Kosmos zu bewahren.

Der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Vorsitzende des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Genosse Erich H o n e c k e r , die Partei- und Staatsführung der DDR haben seit dem Treffen von REYKJAVIK mehrfach unterstrichen, dass die SED und die DDR getreu ihrer mit den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages abgestimmten prinzipiellen Linie,

- nun erst recht mit allen Kräften der Vernunft und des Realismus zusammenarbeiten werden,

- um eine grundlegende Wende von der Konfrontation zur Entspannung und zur Abrüstung zu erreichen.

Dabei gehen wir davon aus, dass mit REYKJAVIK ein neuer Abschnitt im Kampf um die Verhinderung eines Raketenkernwaffenkrieges begonnen hat.

Auf der Grundlage des festen Zusammenhangs von starkem Sozialismus und sicherem Frieden leistet die DDR ihren Beitrag zur Stärkung der sozialistischen Gemeinschaft, zur Sicherung der Verteidigungskraft des Sozialismus und zur Verwirklichung der konstruktiven sozialistischen Friedenspolitik.

Unsere Partei unternimmt grosse Anstrengungen,

- um die weitreichenden Initiativen der UdSSR und der anderen Bruderstaaten für eine grundlegende Wende bei der Lösung der Probleme Krieg und Frieden offensiv zu propagieren und

- den aggressiven Konfrontationskurs der NATO und ihr Überlegenheitsstreben zu entlarven.

Rundfunk und Fernsehen der DDR haben die Ausführungen des Genossen Michail Gorbatschow

- auf der Pressekonferenz in REYKJAVIK am 12. Oktober sowie

- im sowjetischen Fernsehen am 14. und 23. Oktober dieses Jahres

original übertragen, gleichzeitig wurden sie in allen Zeitungen

veröffentlicht und damit die Bevölkerung unseres Landes im breiten

Maßnahmen über die sowjetischen Vorschläge informiert.

Die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion und vor allem das offensive Auftreten des Genossen G o r b a t s c h o w findet bei den Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik einen grossen Widerhall.

Zugleich sind wir bemüht, mit solchen Initiativen, wie den von der SED gemeinsam mit der SPD ausgearbeiteten "Grundsätzen für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa" einen aktiven Beitrag zur Zurückdrängung der Kräfte der Konfrontation zu leisten.

Im positiven Ergebnis von STOCKHOLM sehen wir einen Beweis dafür, dass es möglich ist, auch gegen den Widerstand der aggressiven Kräfte des Imperialismus in den Fragen Krieg und Frieden Übereinkünfte zu erzielen, die den Interessen aller Beteiligten entsprechen.

Gegenwärtig arbeiten wir intensiv daran,

- die sich aus den Festlegungen des Stockholmer Dokuments ergebenden militärischen Aufgaben zu lösen und
- dabei keinerlei Abstriche an der ständigen Gefechtsbereitschaft und an der Ausbildung der Stäbe und Truppen zuzulassen.

Wir werden an die Lösung dieser Aufgaben mit einem hohen politischen Verantwortungsbewusstsein herangehen und die Vorbereitung und Durchführung von Ausbildungsmassnahmen mit Teilnahme von Beobachtern aus den nichtsozialistischen Staaten nutzen, um den hohen Stand der Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft unserer Stäbe, Truppen und Flottenkräfte zu demonstrieren.

Gleichzeitig werden wir dafür sorgen, eine aktive Aufklärungstätigkeit des Gegners einzuschränken.

Genosse Vorsitzender!

Genossen Mitglieder des Komitees der Verteidigungsminister!

Genossen Marschälle, Generale, Admirale und Offiziere!

Ich möchte abschliessend versichern, dass die Nationale Volksarmee, wie das wiederholt durch den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED, Vorsitzenden des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Genossen Erich H o n e c k e r , unterstrichen wurde, an der Seite der Sowjetarmee und der anderen Bruderarmeen auch weiterhin alles in Ihren Kräften Stehende tun wird, um

- ihren internationalen Bündnisverpflichtungen zum Wohle unserer Völker und zur Sicherung des Friedens jederzeit gerecht zu werden und
- die übernommenen Verpflichtungen zur Entwicklung der Streitkräfte zu erfüllen.

Wir werden entsprechend unseren Möglichkeiten aktiv dazu beitragen, eine militärische Überlegenheit der USA und der NATO nicht zuzulassen.

Dem Beschluss zum ersten Tagesordnungspunkt gebe ich meine Zustimmung.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!